

Mitteilung des Senats vom 12. März 2002**Nachhaltige Fischereiwirtschaft**

Die Deputation für den Fischereihafen hat hierzu am 1. März 2002 den als Anlage beigefügten Bericht erstattet.

Der Bericht der Deputation für den Fischereihafen wird der Bürgerschaft (Landtag) hiermit vorgelegt. Der Senat weist die Bürgerschaft (Landtag) darauf hin, dass der dem Bericht beigefügte interfraktionelle Antrag vom 18. Januar 2002, den die Deputation für den Fischereihafen unterstützt, in der Bürgerschaft (Landtag) noch nicht behandelt, sondern am 20. Februar 2002 ausgesetzt wurde. Dieser interfraktionelle Antrag soll den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. Juni 2001 ersetzen, der laut Ankündigung in der Sitzung der Deputation für den Fischereihafen am 1. März 2002 von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der nächsten Bürgerschaftssitzung insoweit zurückgezogen wird.

Der Senat schließt sich dem Bericht der Deputation für den Fischereihafen an und empfiehlt der Bürgerschaft, den interfraktionellen Antrag vom 18. Januar 2002, der dem Bericht der Deputation für den Fischereihafen beigefügt ist, in allen Punkten zu beschließen.

Der Senat bittet die Bürgerschaft (Landtag), den Bericht bereits auf ihrer nächsten Sitzung im März zu behandeln.

Bericht der staatlichen Deputation für den Fischereihafen aus der Sitzung vom 1. März 2002

Nachhaltige Fischereiwirtschaft (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. Juni 2001)

A. Problem:

Die Europäische Kommission (EU-KOM) hat im letzten Jahr ein Grünbuch unter dem Titel „Die Zukunft der Gemeinsamen Fischereipolitik“ vorgelegt und damit eine über die Grenzen der EU hinausgehende Diskussion um die darin enthaltenen Ansätze ausgelöst. Das Grünbuch analysiert die bisherige gemeinsame Fischereipolitik (GFP) und stellt fest, dass die GFP insbesondere im Hinblick auf das Ziel einer nachhaltigen Fischerei dringend einer Reform bedarf. Das Grünbuch setzt Optionen und Präferenzen für eine effektivere Gestaltung der GFP insbesondere zur Vorbereitung einer neuen Ratsverordnung, die diesen Bereich ab 2003 regeln soll. Während die Feststellungen der EU-KOM zur derzeitigen Lage und zu den daraus abgeleiteten grundlegenden Zielen weitgehende Zustimmung fanden sind stark divergierende Meinungen bezüglich der Wege, die nach Auffassung der EU-KOM zum Ziel führen sollen, festzustellen.

Vor diesem Hintergrund brachte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen am 5. Juni 2001 einen Antrag zum Thema „Nachhaltige Fischereiwirtschaft“ in die Bürgerschaft (Landtag) ein, der am 30. August 2001 zur Beantwortung an die staatliche Deputation für den Fischereihafen überwiesen wurde. Die Deputation führte daraufhin auf einer Sondersitzung am 8. November 2001 eine Anhörung zu dieser Thematik durch, in der die Vertreter des Bundesministeriums für Verbraucher-

schutz, Ernährung und Landwirtschaft, des Deutschen Fischereiverband e. V., des Verband der Deutschen Kutter- und Küstenfischer e. V., des Fischwirtschaftlichen Ausschusses der IHK Bremerhaven, der Bundesforschungsanstalt für Fischerei und des Bundesverband der deutschen Fischindustrie und des Fischgroßhandels e. V. sich zu dieser Thematik äußerten. Zudem trafen die Deputationsmitglieder während einer Studienreise nach Belgien im Herbst 2001 in Brüssel mit Vertretern der EU-KOM zu einem konstruktiven Informations- und Meinungsaustausch zusammen.

Diese Entwicklung und die gewonnenen Erkenntnisse aus der Anhörung und den Gesprächen bei der EU-KOM führten auf parlamentarischer Ebene dazu, dass ein gemeinsamer neuer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der SPD zum Thema „Nachhaltige Fischereiwirtschaft“ vom 18. Januar 2002 in die Bürgerschaft (Landtag) eingebracht wurde. Dieser Antrag, der in der Bürgerschaft (Landtag) noch nicht behandelt wurde, ist bis auf den zweiten Absatz der Ziffer 3 mit dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. Juni 2001 inhaltlich deckungsgleich. Der zweite Absatz lautet im interfraktionellen Antrag statt dessen wie folgt:

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, dass mit der Ansiedlung des Instituts für Fischereiökologie in Bremerhaven ein erster wichtiger Schritt gemacht wurde, in Bremerhaven die wissenschaftliche Forschung im Fischereisektor auszubauen.

B. Lösung:

Die Gespräche und Diskussionen haben deutlich die weltweite Problematik bei der Entwicklung der Ressource Fisch und das Fehlen eines funktionierenden Fischereimanagements in vielen Ländern der Welt aufgezeigt. Neben einem Umdenkungsprozess bei den Erzeugern, der die eigene Verantwortung für das nachhaltige Handeln in den Vordergrund stellt, sind konsequente Entscheidungen und Regelungen im Rahmen der GFP auf europäischer Ebene im Sinne des Grünbuches dringend erforderlich. Dabei sollte der Harmonisierung und Einhaltung von Regeln und Kontrollen sowie einer verstärkten Forschung hohe Priorität eingeräumt werden.

Daneben gilt es im Bereich der Fischverarbeitung und -vermarktung, Fisch als Edelprodukt darzustellen, das dem Wohl der Verbraucher in besonderem Maße dient. Ein solcher Vertrauensbonus setzt makellose Hygiene- und Qualitätsstandards auf allen Ebenen vom Fischfang bis zur Ladentheke voraus. Dazu zählt auch die lückenlose Verbraucherinformation, wie sie die Europäische Marktordnung für Fischereierzeugnisse seit Jahresbeginn fordert. Die Einführung eines einheitlichen möglichst europaweiten Biolabels könnte dem wertvollen Lebensmittel Fisch weiteren Auftrieb verschaffen.

Vor dem Hintergrund des interfraktionellen Antrages vom 18. Januar 2002 erklärt Herr Schramm, den Antrag vom 5. Juni 2001 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen in der Bürgerschaft (Landtag) zurückzuziehen. Die Deputation für den Fischereihafen empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag), den interfraktionellen Antrag vom 18. Januar 2002 in allen Punkten zu unterstützen und entsprechend zu beschließen.

Hoyer
Vorsitzender

Hoyer
Sprecher

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der SPD**Nachhaltige Fischereiwirtschaft**

Die Europäische Kommission hat anlässlich der erforderlichen Überprüfung der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) ein Grünbuch über die künftige Ausrichtung dieser Politik vorgelegt.

Das Grünbuch zeigt die teilweise alarmierende Situation in den europäischen Fischereien auf und macht den Reformbedarf deutlich. Viele der Fischbestände werden überfischt und sind vom Aussterben bedroht. Die Gründe dafür sind vielfältig. Insbesondere sind jedoch zu nennen die zu große Fischereiflotte, Fangquoten und Fangmethoden, die sich nicht an der wissenschaftlichen Bestandsanalyse orientieren und unzureichende Kontrollen.

Für das Land Bremen, in dem sich einer der größten Fischereihäfen Europas befindet, ist die Bestandserhaltung der Fischereibestände und eine nachhaltige Fischereipolitik auf nationaler und europäischer Ebene eine zentrale Aufgabe.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I.

Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die formulierten Ziele des EU-Grünbuchs:

1. wirksame Bestandserhaltung und Schutz der marinen Ökosysteme,
2. stärkere Beteiligung der Akteure an der Entscheidungsfindung,
3. Sicherung eines wirtschaftlich rentablen und autarken Fischereisektors,
4. Förderung des nachhaltigen Fischfangs auch außerhalb der Gemeinschaftsgewässer.

II.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Bemühungen der Fischindustrie zur Einführung eines Biolabels für Fischprodukte zu unterstützen.

III.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich für eine bessere Fischereiüberwachung, für ein effektiveres Fischereimanagement und für die Bildung eines regionalen Beratungsausschusses für Fischereifragen einzusetzen.

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, dass mit der Ansiedlung des Instituts für Fischereiökologie in Bremerhaven ein erster wichtiger Schritt gemacht wurde, in Bremerhaven die wissenschaftliche Forschung im Fischereisektor auszubauen.

Schramm,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Catrin Hannken, Eckhoff und Fraktion der CDU
Heuer, Böhrnsen und Fraktion der SPD